

einigkeit

Das Magazin der NGG



Europa –

ist das wichtig? Oder kann das weg?

einigkeit★

★... ist grenzenlos.



Foto: Stephan Pramme

Welches Europa wollen wir?

Am 26. Mai ist Europawahl. Ein Tag, an dem wir mit unserer Stimme nicht nur über die Stärke der Fraktionen im Europäischen Parlament, sondern vor allem über die Zukunft der europäischen Idee entscheiden. „Wir zuerst und uns das Meiste!“ So tönt es immer lauter: Europas Nationalisten und Rechtspopulisten sind auf dem Vormarsch. Von Skandinavien bis Italien haben sie sich inzwischen fast überall auf dem Kontinent mindestens als relevante politische Kräfte etabliert und machen ihren Einfluss auch auf europäischer Ebene geltend. Gleichgültig, ob es den rechten Kräften darum geht, „nur“ den Euro abzuwickeln oder gleich das ganze europäische Haus zum Einsturz zu bringen: Sie sind eine bitterernstzunehmende Gefahr für die Gemeinschaft, die uns seit mehr als 70 Jahren den Frieden sichert.

Deshalb haben wir Europa das ganze Heft gewidmet! Denn am 26. Mai entscheidet jeder und jede Einzelne von uns, in welchem Europa er oder sie leben möchte. Dass sich ein großer Teil der Jugend bereits für ein freies, gerechtes und soziales Europa entschieden hat, das zeigen wir ab **Seite 6**.

Vieles stünde auf dem Spiel, würden wir die europäische Idee aufgeben. Nicht zuletzt auch der größte einheitliche Markt der industrialisierten Welt. Die europäische Wirtschaft ist eng verflochten – umso schwieriger, wenn einer der Gemeinschaft den Rücken kehren will: Mit Großbritannien wird erstmals ein Land die EU und den Binnenmarkt verlassen. Mit bislang unabsehbaren Folgen. In den Unternehmen herrscht Unsicherheit und Schweigen. Mehr ab **Seite 20**.

Was Europa Tag für Tag für den Einzelnen bedeutet, das spüren ganz besonders die sogenannten Grenzgänger. Sie arbeiten in Deutschland und haben ihren Wohnsitz in einem Nachbarland. Ab **Seite 26** berichten wir von einer Tour entlang der deutschen Grenze.

Vor Euch liegen viele Seiten Europa. Am 26. Mai entscheidet Ihr – Wählt ein soziales Europa!

Guido Zeitler

Vorsitzender der NGG



Foto: Privat



Foto: Kai-Uwe Knoth

6 FOKUS | EUROPA

Flüchtlingsdrama, Brexit und Rechtspopulismus: An Herausforderungen mangelt es der EU vor der Europawahl am 26. Mai 2019 nicht. Wohin wird die Reise gehen für das Bündnis, das uns mehr als 70 Jahre Frieden gebracht hat?

FOKUS | EUROPA

6 Europa – ist das wichtig?

Oder kann das weg? Keinesfalls, sagt die Jugend, die Europa in vollen Zügen genießt

10 Maximale Krümmung

Die lustigsten und dümmsten Witze werden über die EU-Regulierungswut gemacht, meint Peter Zudeick

13 So muss Europa sein!

Das „Europäische Kollektiv Mitbestimmung – European Collective“ steht für ein soziales Europa

14 Eine starke Gemeinschaft

705 Sitze gilt es, im Mai neu zu verteilen. Wer mitentscheiden will, muss wissen, wie es geht und wer zur Wahl steht

15 Das geht uns alle an

Die Politik muss die Menschen in den Mittelpunkt stellen, fordert der NGG-Vorsitzende

16 Geh' ich oder geh' ich nicht?

Eines ist sicher: Wer nicht wählt, der stärkt die Falschen

18 MENSCHEN | PORTRÄT

Hermann Soggeberg ist Euro-Betriebsrat bei Unilever. Ein Europa der Nationalstaaten ist für ihn undenkbar

MENSCHEN

18 Porträt

Genau mein Ding: Hermann Soggeberg hat seinen Platz gefunden

24 Jubilare

Wir gratulieren



Foto: Uwe Völkner/Fotoagentur FOX



Foto: Uwe Völkner/Fotoagentur FOX

20 BRANCHE
 Europäischer Binnenmarkt: Auch der Hannoveraner Kekshersteller Bahlsen produziert im Ausland

26 NGG VOR ORT
 Die EU-Gesetze sollten für alle gleich sein: 12.000 französische Grenzgänger, hier Betriebsräte von Ludwig Schokolade, haben sich organisiert und suchen die Nähe zur NGG im Saarland

BRANCHE

20 Marktplatz Europa
 Branchenweit profitieren große und kleine deutsche Unternehmen vom zollfreien Marktplatz Europa. Der drohende Brexit hat für alle spürbare Folgen

NGG VOR ORT

26 Grenzgänger – Das Beste aus zwei Welten
 Für mehr als 1,2 Millionen Beschäftigte führt der tägliche Weg zur Arbeit über eine EU-Binnengrenze

KURZ NOTIERT

- 34 Rechtstipp**
 Mehr Geld für Teilzeitbeschäftigte in der Systemgastronomie
- 34 Ausblick**
 Mensch vor Marge
- 35 Impressum**

NGG AKTIV

- 17** Für gute Arbeitsbedingungen
- 33** und gegen Profitgier



„einigkeit“ in der App
 Das Magazin digital auf Tablet oder Smartphone lesen. In der „einigkeit“-App gibt es zusätzliche Features: Bildergalerien, Videos und weiterführende Infos. Wähl' die App!

Europa – ist das wichtig?

► Oder kann das weg? Du entscheidest! Vom 23. bis 26. Mai 2019 finden in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Rund 400 Millionen Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, an den Wahlen über die künftige Zusammensetzung des Europäischen Parlaments mit seinen 705 Abgeordneten abzustimmen.

Finanzkrise und Flüchtlingsdrama, Brexit-Dilemma und rechtspopulistische Wahlsieger: An Herausforderungen mangelt es der Europäischen Union kurz vor der Europawahl am 26. Mai 2019 wahrlich nicht – auch nicht an mahnenden Worten von allen Seiten.

Es ist Zeit, grundlegende Reformen auf den Weg zu bringen und die EU durch eine gemeinsame Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik zu festigen. Doch noch ist keinesfalls sicher, ob es der Politik gelingen wird, zu versöhnen statt zu spalten. Wird die Euro-Zone also aus den Fugen geraten? Und wird der vielbeschworene Ruck durch die

Mitgliedsländer gehen? Es liegt nicht zuletzt an jedem Einzelnen, lautstark entworfenen Feindbildern Offenheit und gesellschaftlichen Dialog entgegenzusetzen. Die anstehende Wahl ist die beste Gelegenheit, mitzubestimmen und sich klar zu positionieren ... für Europa.

Das ist das Coole an uns

Dabei ist ein gemeinsames Europa für das Gros der jungen Europäer alternativlos. Selbst in Großbritannien stimmten 73 Prozent der unter 25-Jährigen für einen Verbleib in der EU. „Ich bin Europäer!“, sagt auch Tornino Deniz aus Hamburg. Der 22-Jährige,

der gerade sein Abitur nachholt, hat im Nestlé-Konzern Süßwarentechnologie gelernt. Heute arbeitet der ehemalige Jugend- und Auszubildendenvertreter ehrenamtlich in den Jugendausschüssen der Region und im Landesbezirk mit. „Europa ist für mich nur positiv besetzt“, sagt er und erzählt von einem Aufenthalt im britischen York im Rahmen seiner Ausbildung. „Ich habe dort ein Praktikum in der Forschungs- und Entwicklungsabteilung von Nestlé gemacht. International zu arbeiten, ist natürlich super. Da entstehen nochmal ganz andere Kontakte als beim Reisen.“ ►



Foto: Cordula Kropke

„Meine Generation denkt nicht in Ost und West und sieht das gemeinsame Europa als feste Größe an.“

Tornino Deniz, gelernter Süßwarentechnologe

„Europa bietet uns so viele Möglichkeiten, zusammenzuarbeiten und gemeinsam etwas Gutes für alle zu erreichen.“

Celine Koop



Foto: Cordula Kropke

Was bringt Europa für Beschäftigte?

1. Die EU hat Ansprüche auf Ruhezeiten, bezahlten Urlaub und Schutzmaßnahmen für Nachtarbeit ausgebaut. Rufbereitschaftszeiten gelten als Arbeitszeit.
2. Wirst Du in einem anderen EU-Land eingesetzt, musst Du ab 2020 zum gleichen Tarif- bzw. Mindestlohn bezahlt werden wie einheimische Arbeitskräfte. Diese „Entsendung“ ist auf höchstens zwölf Monate begrenzt.
3. EU-Bürger müssen nur in einem Mitgliedstaat Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Beitragszeiten in anderen EU-Staaten zählen mit.
4. Wird Dein Betrieb aufgekauft, muss Dein neuer Arbeitgeber ein Jahr lang die Arbeitsbedingungen, Verträge und Löhne weiterführen.
5. In Unternehmen mit Niederlassungen in mindestens zwei EU-Staaten können Europäische Betriebsräte auch Deine Interessen vertreten.

Mehr Infos: www.dgb.de/europawahl

► Europa sollte sich künftig mehr auf seine Stärken konzentrieren, findet der Hamburger. Vor allem, wenn es gegen Rechts oder gegen eine Aufweichung der Arbeitszeiten – wie sie derzeit in Österreich stattfindet – gehe. „Gemeinsam könnten wir so vieles erreichen: zum Beispiel einen europäischen Mindestlohn und eine bessere Integration von Geflüchteten.“

Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind für Tornino Deniz genauso wichtig wie die Bundestagswahl. Schließlich will er weder in Berlin noch in Straßburg rechte Populisten im Parlament sehen. Eines allerdings macht ihn besonders stolz: „Meine Generation denkt nicht in Ost und West und sieht das gemeinsame Europa als feste Größe an: Das ist das Coole an uns!“

Erasmus und Co.

Die Jugend als Fundament einer gemeinsamen Zukunft in Freiheit. Dieser Gedanke liegt auch dem großen EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport, Erasmus+, zugrunde. Das

Programm verfügt über ein Budget von 14,7 Milliarden Euro für die Jahre 2014 bis 2020. Für die nächste Programmgeneration hat die Kommission sogar eine Verdopplung des Budgets auf 30 Milliarden Euro vorgeschlagen. Erasmus bietet unter anderem Stipendien und Praktika für Schülerinnen und Schüler, Studenten und Auszubildende. Und diese machen gern davon Gebrauch.

Auch Tornino Deniz' Praktikum in York wurde von Erasmus gefördert. Fremdsprachen erlernen, fremde Kulturen erleben, neue Kontakte knüpfen: Ein Auslandsaufenthalt ist nach der Schulzeit eine willkommene Gelegenheit, internationale Erfahrungen zu sammeln. Immer mehr junge Deutsche entscheiden sich, gleich ihr Studium im Ausland zu absolvieren. 2014 waren laut Statistischem Bundesamt gut 137.000 deutsche Studenten an ausländischen Hochschulen eingeschrieben. Tendenz steigend. Spitzenreiter mit knapp 20 Prozent war dabei Österreich, gefolgt von den Niederlanden, Großbritannien und der Schweiz.

Erasmus und der Europäische Freiwilligendienst (EF) unterstützen zudem das von der EU-Kommission 2016 ins Leben gerufene Europäische Solidaritätskorps (ESK). Seine 18- bis 30-jährigen Teilnehmer helfen bei Notlagen in Ländern der EU, in der Flüchtlingshilfe oder im Umweltschutz.

Die „Reiseratte“ und der Föderalist

Früh in Kontakt mit der europäischen Idee kommen Schüler und Schülerinnen an den Schulen, die sich bundesweit – ebenfalls unterstützt von Erasmus – an der Simulation des Europäischen Parlaments (MEP) beteiligen. Sie lernen, in Ausschüssen zu arbeiten und Resolutionen zu aktuellen Themen zu verfassen. „Ich finde es gut, dass wir in der Schule immer mehr darüber lernen, wie Europa funktioniert“, sagt Celine Koop. Die 17-Jährige ist Erstwählerin in Sachen Europa. Bei Kommunal- und Landtagswahlen durfte sie schon ihre Stimme abgeben. Jetzt freut sie sich über die Möglichkeit, sich einzubringen und etwas zu verändern. Ihre Elmshorner Schule nimmt zwar nicht am

MEP teil, dennoch werden hier die Schülerinnen und Schüler auf die anstehende Wahl vorbereitet. Mit Bedauern blickt Celine in Richtung Großbritannien. „Im Brexit kann ich keinen Sinn sehen“, sagt die junge NGGlerin. „Europa bietet uns doch so viele Möglichkeiten, zusammenzuarbeiten und gemeinsam etwas Gutes für alle zu erreichen.“ Für Celine bedeutet Europa aber vor allem Freiheit. „Als Reiseratte fühlt sich der Kontinent für mich eher an wie ein großes Land!“

So stellt sich auch Maarten Hoffmeyer die Zukunft vor: Europa als Föderation. Ohne Grenzen. Ohne Nationalstaaten. Der 19-jährige Abiturient aus Osnabrück hat eines der 15.000 Interrail-Tickets gewonnen, die die EU-Kommission 2018 erstmals verlost hat. #discoverEU heißt die Aktion. Dieser Perspektivwechsel wird mit einem Budget von 12 Millionen Euro gefördert und soll den europäischen Zusammenhalt stärken, indem er jungen Menschen das Gefühl einer europäischen Identität näherbringt. Die 18-jährigen Gewinner müssen ihre Reise in einem der 28

EU-Mitgliedsländer starten, dürfen maximal 30 Tage unterwegs sein und können dabei bis zu vier EU-Länder bereisen.

Maarten Hoffmeyer ist mit seinem kostenlosen Zugticket im Juli 2018 fast einmal um Deutschland herumgefahren. Berlin, Prag, Linz, Salzburg, Basel, Straßburg, Luxemburg und Brüssel waren die Stationen seiner Reise. „Die Freiheit, die wir haben, spürt man auf so einem Reisetrip natürlich so richtig“, berichtet er. Auf seinem blog.maarten-hoffmeyer.de berichtet er als #discoverEU-Botschafter ausführlich.

Voneinander profitieren

Freiheit leben und auch andere daran teilhaben lassen, dafür setzt sich Magdalena Krüger ein. Die 24-jährige Studentin ist Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

In München studiert sie Wirtschaftspädagogik und Deutsch als Fremdsprache. Während ihrer Ausbildung zur Hotelfachfrau im Hilton Munich City ist Magda zur NGG gekommen. ➤



Foto: Privat

„Die Freiheit, die wir haben, spürt man auf einem Reisetrip natürlich so richtig. Ich finde, Europa sollte ein Land sein.“

Maarten Hoffmeyer, Abiturient



Maximale Krümmung

von Peter Zudeick

Über den größten Nutzen Europas kann es unter verständigen Menschen eigentlich keinen Streit geben: Das Thema ist ein zuverlässiger Quell von Heiterkeit. Nicht nur die lustigsten und dümmsten, auch die ältesten Witze werden über die Regulierungswut der Brüsseler gemacht. Nach dem Muster: „Die Zehn Gebote enthalten 279 Wörter, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 300, die Verordnung der Europäischen Gemeinschaft über den Import von Karamellbonbons aber exakt 25.911!“ Als Franz Josef Strauß 1986 diesen Satz sprach, war er schon ziemlich gebräuchlich, und er wurde seither noch häufiger zitiert, obwohl daran fast nichts stimmt: Die Zehn Gebote haben 292 Wörter, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung 1300 und die Karamellbonbon-Verordnung gar keins. Es gibt sie nämlich nicht. Macht aber nichts, der Witz hält sich. Und jetzt mal ehrlich: Wollen wir auf diese spezifische Art Humor wirklich verzichten?

Wollen wir nicht. Auf den Krümmungsgrad der Gurke schon mal gar nicht. Der hat es zu einiger Berühmtheit gebracht, ja, er gilt bis heute als Inbegriff der Brüsseler Regelungswut. Verankert in der Verordnung 1677/88 mit dem Titel „Handelsklassenverordnung“. Darin steht, dass in der Handelsklasse 1 („Extra“) Äpfel glatt und nicht schrumpelig und mindestens 50 Millimeter dick sein müssen, Erdbeeren mindestens 25 Millimeter im Durchmesser und schön gleichfarbig und Salatgurken eben „gut geformt und praktisch gerade“. Was heißt „praktisch gerade“? „Maximale Krümmung: 10 Millimeter auf 10 Zentimeter Länge“. Wer kommt bloß auf solch blühenden Unsinn? Nun ja: Händler, Supermärkte, Spediteure. Denn die Gurken sollen in Kisten mit bestimmten Abmessungen passen. Das heißt: Das Brüsseler Kasperletheater spielt hier

ein Stück, das die nationalen Handelsorganisationen geschrieben haben. Das war den Eurokraten irgendwann mal so peinlich, dass sie die Handelsklassenverordnung 2009 aufgehoben haben. Gegen den Protest von 16 Mitgliedstaaten, von Bauernverbänden, Handelsverbänden.

Genutzt hat die Aufhebung wenig: Weil die Normierung so praktisch ist, wird weiter nach ihr verfahren. Und die Witze-reißer haben die Gurkenkrümmung immer noch im Repertoire. Man kann eben auf Europa nicht verzichten, auch wenn manches wirklich ärgerlich ist, was da aus Brüssel kommt. Das Verbot der Glühlampen zum Beispiel – auf Druck des deutschen Umweltministers Sigmar Gabriel.

Andererseits kann man auch verstehen, dass viele Menschen in Europa allmählich genug von Europa haben. Die Rechtspopulisten in Italien zum Beispiel, die es leid sind, dass Brüssel dafür sorgt, dass Parmaschinken nur aus der Gegend von Parma so heißen darf. Die Reaktionäre in Rom wollen darauf lieber verzichten. Und den Gelbwesten in Frankreich geht auch viel zu weit, was der Herr Macron mit Europa vorhat. Weg damit und weg mit ihm. Allerdings soll vorher noch eins geregelt werden: Lkw-Fahrer unter den Gelbwesten präsentieren bei Protesten an deutsch-französischen Grenzübergängen gerne ihren französischen und ihren deutschen Führerschein. Sie brauchen nämlich beide. Also das muss noch schnell harmonisiert werden, aber dann weg mit Europa.

Peter Zudeick ist freier politischer Korrespondent für mehrere ARD-Anstalten und Autor des „Satirischen Wochenrückblicks“, der unter anderem bei NDR Info zu hören ist.

► Heute arbeitet sie hier in Teilzeit neben dem Studium. „Europa bedeutet für mich die Freiheit, sich zwischen den Kulturen zu bewegen, zu reisen und auch, voneinander zu profitieren.“ Drei- bis fünfmal pro Woche hat Magdalena Krüger im Rahmen eines Praktikums Deutschunterricht für Geflüchtete gegeben. Noch heute ist sie Teil des Helferkreises und unterstützt zum Beispiel bei Kochabenden.

Grenzenlos digital

Auch in ihrer Gewerkschaft NGG ist die junge Münchenerin in Sachen Europa aktiv: Initiiert von der Arbeiterkammer Wien hat sie bereits zweimal in der österreichischen Hauptstadt zum Thema „Digitaler Wandel“ gemeinsam mit jungen Gewerkschaftern aus acht EU-Staaten gearbeitet. „Wir müssen uns stärker vernetzen und nicht so sehr unser nationales Süppchen kochen“, sagt Magdalena Krüger. „Die Unternehmen sind uns da zu weit voraus. Durch die Digitalisierung wird die Arbeit ja immer stärker vom eigentli-

chen Arbeitsplatz losgelöst. Da war es interessant zu sehen, was die anderen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen so planen. Wie weit sind wir auf dieser grenzübergreifenden Ebene wirklich?“

Aber die Freiheit in Europa hat manchmal auch Grenzen, zum Beispiel, wenn es um bürokratische Hürden geht. „Viele Auszubildende in der Hotellerie würden sich mehr Austausch in Europa wünschen. Aber häufig ist das wegen des bürokratischen Aufwandes schwierig umzusetzen.“

Die Hilton Hotels organisieren einen Blick über den Tellerrand im Rahmen des Wettbewerbs, „Hilton Azubi Adventures“. Die Auszubildenden sind eingeladen, zu einer von zwei angebotenen Aufgabenstellungen ihre eigenen Ideen zu entwickeln und diese vor einer Jury zu präsentieren. Die zwölf nationalen Gewinner verbringen dann eine Woche gemeinsam in einer Metropole. ◀



Forderungen des DGB zur Europawahl

1. Europaweit arbeiten. Jetzt aber fair!
2. Gleiche Chancen für Frauen in Europa. Jetzt aber echt!
3. Investitionen in Europa. Jetzt aber für die Menschen!
4. Der Euro als gemeinsame Währung. Jetzt aber sicher machen!
5. Frieden in Europa und weltweit. Jetzt aber mit mehr Engagement!
6. Europa in der globalisierten Welt. Jetzt aber gerecht!



Foto: Privat

„Wir müssen uns stärker vernetzen und nicht so sehr unser nationales Süppchen kochen.“

Magdalena Krüger, Hotelfachfrau

Betriebsrat
Freizügigkeit
Freiheit
Wahlen
Demokratie
Parlament
Europa
Vernetzung
Jugend
Kommission
Regierung
Europäische Union
grenzenlos
Eurozone
Transparenz
Mitbestimmung
Meinung
Frieden
Mitgliedstaaten
Brexit
Erasmus
Reisen
Politik
Gleichbehandlung

So muss Europa sein!

► Was sie verbindet, ist nicht nur, dass sie jung sind und in verschiedenen europäischen Ländern mit einem Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) studieren oder studiert haben, sondern auch, dass sie ein soziales Europa aktiv mitgestalten wollen: als Mitglieder des „Europäischen Kollektivs Mitbestimmung – European Collective“.



Foto: Europäisches Kollektiv

„Wir wollen eine eigene, junge Version von Europa!“

Tim Kappelt, Stipendiat

Unter dem Motto „March for a New Europe“ gingen am 23. Juni 2018 vor allem junge Menschen in Berlin auf die Straße, um für ein neues, solidarisches Europa zu demonstrieren. Unter ihnen auch das Europäische Kollektiv Mitbestimmung – European Collective.

Tim Kappelt ist Teil des Kollektivs. Er studiert in Wien Internationale Entwicklung und schreibt derzeit in Bonn seine Masterarbeit über „Die Rolle der Gewerkschaften in den Verhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“: „Wir sind ein Netzwerk von 25 Stipendiaten. Wir haben im Studium gemerkt, dass es schwer ist, vor Ort gewerkschaftliche Strukturen zu finden, wo wir mitmachen können.“

Wir wollen etwas tun

Als wir uns 2015 mit der Frage beschäftigten, was schief läuft in Europa – sei es nun der Brexit, die Sparpolitik, die Abschottung gegen Geflüchtete, die Zuwächse bei rechtspopulistischen Parteien – wollten wir etwas tun. Wir als Gewerkschaftsjugend, die in Europa aufgewachsen und zuhause ist, wollten eine eigene, junge Vision von einem neuen

und demokratischen Europa entwerfen. Es gab zwar auch viele andere Initiativen, aber irgendwie kamen die Gewerkschaften nicht vor. Deshalb haben wir unser Kollektiv gegründet.“

Mit dem „Bulli“ durch Europa

Sie kommunizieren meist online miteinander, skypen alle zwei Wochen, tragen alles zusammen, was mit Europa und Arbeitnehmerrechten zu tun hat und veröffentlichen es auf www.facebook.com/europeancollective. In der analogen Welt treffen sich die Aktivisten auf Veranstaltungen oder bieten eigene Workshops und Seminare an. Vor der Europawahl stehen gleich zwei Projekte an: Auf dem EuroTrip im März geht es mit einem „Bulli“ auf eine von der HBS geförderte Interviewreise durch Belgien, die Niederlande, Frankreich, Spanien, Italien und Österreich.

Daraus soll danach ein Film entstehen, der unter anderem auf dem Böckler-Seminar „Europäisches Gespräch“ gezeigt werden soll. Und im „European May“ will das Kollektiv zusammen mit anderen Initiativen weitere Events in Europa organisieren.

Das Europäische Kollektiv ist ein gutes Beispiel dafür, wie Europa sein kann und sollte: Die Studierenden treffen sich, freunden sich an und diskutieren miteinander. Tim: „Neulich haben wir uns bei einem Erasmus-Studenten in Marseille getroffen. Das war eine WG mit Franzosen. Und auf der großen Dachterrasse haben wir die Sonne, das miteinander und die Sprachenvielfalt genossen, aber eben auch gemeinsam eine Veranstaltung vorbereitet: So muss Europa sein!“ ◀



Foto: bizoo_n/Fotolia

Geh‘ ich oder geh‘ ich nicht?

► In diesem Wahljahr steht für Europa viel auf dem Spiel. Wer die Union erhalten will, hat keine andere Wahl als wählen zu gehen. Denn Europa wird nicht besser, wenn die, die wählen können, zu Hause bleiben. Ob per Briefwahl oder im Wahllokal, jede Stimme kann entscheidend dafür sein, wie die Gemeinschaft gestaltet wird.

Wählen ist ein Bürgerrecht: Oft werden wir alle diesen Satz in den kommenden Wochen noch hören. Und ebenso wird es heißen, dass es in diesem Jahr um eine „Schicksalswahl“ geht. Aber es stimmt tatsächlich. Noch nie stand das geeinte, friedliche Europa so auf der Kippe wie zurzeit.

Die kritische Haltung hat Gründe. Nicht alles, was in Europa entschieden wird, scheint sinnvoll. Vieles fehlt noch an der Umsetzung von Versprechen, die vor fünf Jahren schon gemacht wurden.

Aber dennoch: Wer nicht wählt, protestiert nicht, sondern stärkt die, die er oder sie möglicherweise nie hat wählen wollen.

In diesem Wahljahr kommt dazu, dass sich Rechtspopulisten, EU-Skeptiker und -Feinde wählen lassen wollen, um Europa nicht besser, sondern kaputt zu machen. In Ungarn, Polen, Italien, Frankreich oder auch Deutschland: Viele sind unterwegs, um auf ihrem Platz im EU-Parlament nicht für ein soziales friedliches Miteinander zu streiten, sondern im schlimmsten Fall Europa zu zer-

stören. Eine Gemeinschaft wird nicht besser, wenn jedes Mitglied nur für die Vorteile und die nationalen Interessen seines Landes kämpft, aber die zwingende Solidarität mit den anderen vermissen lässt.

Die Gewerkschaften sind davon überzeugt, dass Europa gut ist – und besser und gerechter werden kann. Aber nicht mit Verweigerung – weder als Nichtwähler noch mit einer Stimme für diejenigen, die Europa zu einem nationalstaatlichen Selbstbedienungsladen machen oder ganz abschaffen wollen. ◀



Das geht uns alle an

Ein Interview mit Guido Zeitler

Zu bürokratisch, die reinste Geldverschwendung: Die EU-Politik und, ganz pauschal, „die EU“ werden von vielen kritisiert. Ist die Kritik berechtigt?

Ja, das ist sie in Teilen. Auch wir haben Entscheidungen des EU-Parlaments und der europäischen Institutionen in der Vergangenheit scharf kritisiert. Zum Beispiel war der Umgang mit dem hochverschuldeten Griechenland falsch. Die knallharte Sparpolitik ging allein zu Lasten der Bevölkerung und hat Menschen schuldlos in Armut getrieben. Auch wurde die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südlichen EU-Ländern stiefmütterlich behandelt. Wirklich wichtige Themen wurden falsch – nämlich im Sinne der Konzerne und Banken und nicht der Menschen – oder gar nicht angegangen. So hat sich der Eindruck eingestellt, dass sich EU-Politik vor allem um die Krümmung von Gurken oder Öl-Kännchen auf Restauranttischen kümmert. Kein Wunder, dass viele Menschen unzufrieden sind.

Um was kümmern sich denn die EU-Politikerinnen und Politiker tatsächlich?

Auf EU-Ebene wird vieles entschieden, das uns ganz direkt angeht. Zum Beispiel, ob wir in Europa unkompliziert reisen und bezahlen können. Oder, noch konkreter, dass wir im EU-Ausland seit 2017 keine horrenden Preise mehr für die Handynutzung zahlen müssen. Wir alle sollten also unser demokratisches Recht wahrnehmen und darüber abstimmen, wer uns vertritt. Bei der Wahl 2014 haben europaweit nur rund 43 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben – zu wenig angesichts der Bedeutung. Für die kommende EU-Wahl gilt das sogar in einem besonderen Maße.

Warum ist die Europa-Wahl am 26. Mai besonders wichtig?

Wenn die Populisten und Europa-Gegner gewinnen, steht die Idee des vereinten, friedlichen Europas tatsächlich in Frage. Nicht erst die knappe Entscheidung der Wählerinnen und Wähler in Großbritannien für den Brexit sollte aber deutlich gemacht haben, dass jetzt gehandelt werden muss. Das Motto muss heißen: Ja zu Europa – aber richtig!

Das klingt so, als stünde das "Projekt Europa" an einem Scheideweg?

Ja, das Projekt, das uns die längste Friedensphase überhaupt verschafft hat, droht zu scheitern. Ich hoffe, Parlamentarier und Wählerinnen haben den Warnschuss Brexit gehört und handeln entsprechend: Europäische Politik muss die Menschen in den Mittelpunkt stellen. Ein geeintes Europa kann nur als ein soziales, gerechtes und solidarisches Europa funktionieren. Zu oft hat „die EU“ für Politikerinnen und Politiker – auch aus Deutschland – als Sündenbock hergehalten. Die Schuld für eigene Fehler oder unbeliebte Tatsachen auf das ferne Straßburg oder Brüssel zu schieben, das ist zu billig. Stattdessen muss der Wert Europas herausgestellt und in die gemeinsame friedliche Zukunft investiert werden. Es ist viel Vertrauen zerstört worden, das gilt es zurückzuerobern. Ein starkes geeintes Europa ist heute auch aus wirtschaftlicher Sicht wichtiger denn je. Im von US-Präsident Donald Trump angezettelten weltweiten Handelskrieg kann sich kein europäisches Land alleine behaupten. Auch Klimawandel und Digitalisierung machen an keiner Staatsgrenze halt. Deshalb muss die EU gestärkt und weiterentwickelt werden.



Eine starke Gemeinschaft

► Rund 400 Millionen Menschen in den 27 Staaten der Europäischen Union wählen im Mai das neue Parlament. In den vergangenen Jahren hat es immer mehr Rechte erhalten. Seine Entscheidungen bestimmen auch über Dein Leben und Deine Arbeit. 96 der insgesamt 705 Abgeordneten werden aus Deutschland kommen.

Die Europawahlen sind – sieht man die Wahlbeteiligung in der Vergangenheit – ein eher vernachlässigtes demokratisches Recht. Dabei wird es immer wichtiger, mit zu entscheiden, wer in Europa das Sagen hat. Zunehmend gewinnen national-orientierte Rechts-

populisten mit ihren europafeindlichen Plänen an Gewicht. Die Wahl im Mai heißt deshalb: Wollen wir weiterhin in Frieden miteinander leben und als starker Wirtschaftsmarkt auch Einfluss auf die globale Entwicklung nehmen?

Das Europäische Parlament hat in den vergangenen Jahren zunehmend mehr Rechte erhalten. Die Parlamentarier, die sich in Fraktionen zusammenschließen, entscheiden über jede Gesetzesvorlage sowie Rechtsvorschriften und müssen den Haushalt der EU genehmigen.

Die 705 Abgeordneten des EU-Parlaments sind eine festgeschriebene Größe. Die Zahl der Parlamentarier wird nach einem Schlüssel auf die einzelnen Mitgliedstaaten verteilt. Das Parlament ist das Kontrollorgan der EU-Kommission und des Europäischen Rates. Es kann zwar keine Gesetze einbringen, aber es wird auch kein Gesetz ohne die Zustimmung des Parlaments umgesetzt. In 20 Fach- und zwei Unterausschüssen werden die unterschiedlichen Politikfelder beraten.

Aktuell gibt es acht Fraktionen. Die Konservativen, in Deutschland also CDU und CSU, haben zur Zeit in ihrer EVP-Fraktion die meisten Abgeordneten. Die europäischen Sozialdemokraten (PES), zu denen auch die

SPD gehört, sind die zweitstärkste Gruppe. Die deutschen Liberalen gehören der ALDE an, Bündnis 90/Die Grünen den europäischen Grünen (EGP). Die Linken gehören zur EL, der Fraktion der europäischen Linken. Die AfD hat derzeit nur ein Mandat und gehört zur EFDD, der Fraktion, in der sich die EU-Skeptiker aus den populistisch ausgerichteten Parteien zusammengeschlossen haben. Die Rechtspopulisten sitzen derzeit in der ENF. Es ist absehbar, dass die Rechten sich nach der Wahl neu ordnen werden. Vor allem, wenn sie den Wahlprognosen entsprechend erheblich mehr Abgeordnete stellen werden.

Die Wählerinnen und Wähler entscheiden also mit, ob sie denen eine Stimme geben, die die EU letztlich abschaffen wollen – wie die AfD mit ihrem „Dexit“-Beschluss. In der Europäischen Union entscheidet zwar nicht allein das Parlament, aber eine starke Fraktion aus Rechtspopulisten und Gegnern kann aus einer weitgehenden Erfolgsgeschichte ein Desaster machen.

Dabei gibt es fraglos berechtigte Kritik an den europäischen Entscheidungen. Wer also ein sozialeres, friedliches Europa will, der sollte sich die Wahlprogramme der Parteien sehr genau anschauen. ◀

Die Kommissare

Die 26 Kommissare und ihr derzeitiger Präsident Jean-Claude Juncker sind jeweils für ein Fachgebiet zuständig, wie die Ministerien in den Nationalstaaten. Die Kommission schlägt neue Richtlinien und Verordnungen vor und überwacht die Umsetzung der EU-Vorgaben in den einzelnen Staaten.

Die Regierungen

Im Europäischen Rat sind die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten vertreten, außerdem der Rats- und der Kommissionspräsident. Der Rat formuliert die politischen Ziele. Die Entscheidungen müssen einstimmig oder mit so genannter qualifizierter Mehrheit getroffen werden.

Mehr Infos unter:
www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/
www.diesmalwaehleich.eu/

Rider sind Fighter

Foto: Peter Bispinig



Sie sind bereit, für ihre Rechte zu kämpfen, so die klare Botschaft der Fahrer von Deliveroo, Foodora und Lieferando auf dem 2. „Riders Day Germany“ in Hamburg.

Rider sind „Fighter“: Sie kämpfen für ihre Rechte. Das haben die Fahrerinnen und Fahrer der Essenslieferdienste Deliveroo, Foodora und Lieferando Anfang Februar auf dem 2. „Riders Day Germany“ in Hamburg deutlich gemacht. Sie haben ganz konkrete Forderungen an ihre Arbeitgeber: Vergütung ihrer privaten Arbeitsmittel wie Fahrrad und Handy, unbefristete Verträge und die Anerkennung von Betriebsräten.

Mehr Informationen online

www.ngg.net/RidersDay



Die Mauer muss weg!

Um die Arbeitsbedingungen in der Systemgastronomie ging es Ende Januar auf dem „1. Fast Food Workers Congress“ der NGG-Landesbezirke Bayern und Südwest in Ulm. Auf einem Aktionstag rissen die Beschäftigten von McDonald’s, Burger King, Starbucks, Nordsee, Kentucky Fried Chicken und Co. symbolisch die sich immer weiter auftürmende Mauer aus Problemen ein. Es geht insbesondere um Überstunden, Abrufbereitschaft, Eingruppierung und Dienstplangestaltung. Es ist an der Zeit, dass sich die „Fast Food Workers“ verstärkt organisieren und gemeinsam mit der NGG für mehr Fairness, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung, eine höhere Bezahlung und gute Aufstiegschancen kämpfen.



Foto: Daniel Schreiber

In der Ulmer Innenstadt haben am 29. Januar 2019 die „Fast Food Workers“ symbolisch und lautstark die Problem-Mauer eingerissen.

Mehr Informationen online

www.ngg.net/Fastfood



Von Menschen und Margen

Um noch höhere Gewinne einzufahren, sollten beim weltgrößten Nahrungsmittelhersteller Nestlé hunderte Arbeitsplätze wegfallen. Dagegen haben sich die Beschäftigten unter dem Motto „Mensch vor Marge“ gewehrt: Kurz vor Weihnachten 2018 hat die NGG den Konzernumbau tariflich geregelt: Es gibt Abfindungen für langjährige Beschäftigte, Regelungen zur Altersteilzeit für Beschäftigte ab 57 Jahren, finanzielle Unterstützung für individuelle Aus- und Weiterbildung und Transfergesellschaften.

Einen besonders langen Atem haben die Beschäftigten der Coca-Cola-Fabrik im spanischen Fuenlabrada bewie-

sen: Nach einer zermürbenden, fünf Jahre dauernden Auseinandersetzung, während der sie Tag für Tag in eine „Geister-Fabrik“ ohne Arbeit gingen, können nun alle unter 58 Jahren innerhalb der nächsten zwei Jahre in eine neu zu errichtende Fabrik nahe Madrid zurückkehren. Und es gibt Vorruhestandsregelungen und Freistellungen mit Gehaltsfortzahlung sowie einen Sozialplan. Juan Carlos Asenjo, Betriebsratsvorsitzender: „Das gibt all jenen Hoffnung, die sich Ungerechtigkeit am Arbeitsplatz wider-setzen.“

Mehr Informationen online

www.ngg.net/Fuenlabrada



Genau mein Ding

► Hermann Soggeberg ist keiner, der hinschmeißt, wenn's brenzlig wird. In jüngster Zeit braucht der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Unilever jede Menge Stehvermögen: Soggeberg und seine Kolleginnen und Kollegen kämpfen – im Schulterschluss mit den Nestlé-Betriebsräten und Beschäftigten – gegen das Rendite-Ziel von 20 Prozent.

Seit 28 Jahren ist der gelernte Bäcker Hermann Soggeberg schon im britisch-niederländischen Unilever-Konzern beschäftigt. „Ich bin im Qualitätsmanagement eingestiegen. Betriebsrat ist für mich nach wie vor einer der interessantesten Jobs im Unternehmen. Man kommt rum, erfährt vieles. Und man denkt sich oft genug, hier oder da könnte man schon etwas besser machen.“

„Dann mach's doch!“ Einem wie Hermann Soggeberg muss man das nicht zweimal sagen. Vielmehr war es für ihn der einzig gangbare Weg sich einzubringen, selbst etwas zu verändern, unermüdlich auf Achse zu sein. An den Wochenenden privat mit der Familie, beruflich quasi immer. „Das ist bis heute genau mein Ding“, sagt er. „Für mich bedeutet das Freiheit: Im Rahmen des gesetzlich Machbaren die vielen Gestaltungsmöglichkeiten auszuschöpfen, um die Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen zu verbessern.“

Nichts ist mehr, wie es war

Unilever ist mit einem Umsatz von 53,7 Milliarden Euro (2017) und 161.000 Beschäftigten der weltweit viertgrößte Lebensmittelkonzern hinter Nestlé, Coca-Cola und Pepsi Cola. Nach Unternehmensinformationen besitzen sieben von zehn Haushalten mindestens ein Unilever-Produkt. Doch seit der Hersteller von Knorr-Suppen und Langnese-Eis 2017 die Übernahme durch den US-Konzern Kraft Heinz abwenden konnte, ist laut Soggeberg bei Unilever „nichts mehr, wie es war“. Um sich

Zur Person

Hermann Soggeberg, 51 Jahre, geboren in Dorsten (NRW), gelernter Bäcker, seit 28 Jahren bei Unilever, Gesamtbetriebsratsvorsitzender und Europäischer Betriebsrat

vor neuen Attacken abzusichern, werden die Aktionäre mit hohen Dividenden bei Laune gehalten.

Weltweit will der Konzern bis 2020 sechs Milliarden Euro einsparen. Trotz satter Gewinne droht nun auch in Deutschland Arbeitsplatzabbau, unter anderem in der Hamburger Zentrale. Vorstandschef Alan Jope macht derzeit keine Anstalten, vom Rendite-Ziel abzurücken. Dafür wurde die traditionsreiche Margarine-Sparte (Rama und Becel) im vergangenen Jahr bereits an den Finanzinvestor KKR verkauft.

Echte Mitbestimmung

Doch der Widerstand wächst. Unter dem Motto „Mensch vor Marge“ mobilisiert die NGG gemeinsam mit Hermann Soggeberg und Andreas Zorn (Konzernbetriebsrat bei Nestlé) die Beschäftigten gegen ein solches Gebaren. „Ein Profit von 20 Prozent mit Produkten des täglichen Bedarfs ist maßlos“, sagt Soggeberg. „Statt Arbeitsplatzabbau brauchen wir zum Beispiel Qualifizierung, damit wir in puncto Digitalisierung nicht ins Hintertreffen geraten“, so der 51-Jährige, der seit mehr als acht Jahren auch Europäischer Betriebsrat bei Unilever ist. Der Europäische Betriebsrat (UEWC) von Unilever wurde übrigens 2013 für sein anhaltendes Engagement um die Gestaltung der Mitbestimmungsrechte im Unilever-Konzern mit dem Deutschen Betriebsräte-Preis in der Kategorie „Europa mitbestimmen“ ausgezeichnet.

Ein Thema, das dem NGG-Hauptvorstandsmitglied am Herzen liegt: „Ein Europa der Nationalstaaten? Unvorstellbar. Ein vereintes Europa steht für mich für Frieden. Das ist mir das Wichtigste. Was die Mitbestimmung angeht, so brauchen wir endlich auch auf europäischer beziehungsweise globaler Ebene Regelungen, echte Mitbestimmung, mit der wir auch etwas durchsetzen können. Schließlich werden in den multinationalen Konzernen die Entscheidungen auch international getroffen!“ Sagt's, lächelt und entschwindet zum nächsten Termin irgendwo in Europa. ◀



**» Unterschiedliche Kulturen
und der manchmal lange Weg
zum Konsens: Das macht die
Arbeit in Europa spannend. «**

Hermann Soggeberg,
Gesamtbetriebsratsvorsitzender Unilever



Foto: zhu.cifeng/Fotolia.com

Exportnation Deutschland: Wie kein zweites Land in Europa profitieren wir vom zollfreien EU-Binnenmarkt. Zu den Gewinnern gehören nicht nur die Konzerne.

Marktplatz Europa

► Wer von Freiheit in Europa spricht, der denkt vor allem an Reisen ohne lästige Grenzkontrollen. Doch die EU ist auch eine große Welthandelsmacht, stärker als die Wirtschaft der USA. Vom zollfreien Marktplatz Europa profitieren nicht nur Konzerne; ein „Nein“ zur Gemeinschaft hat für alle spürbare Folgen.

Mit fast 500 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern und einer Wirtschaftsleistung von rund 17 Billionen Euro in 2017 ist der europäische Binnenmarkt der größte einheitliche Markt der industrialisierten Welt. Dabei sind die bislang 28 Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich aufgestellt: Die deutsche Wirtschaft mit einem sehr hohen Industrieanteil profitiert am stärksten vom zollfreien Binnenmarkt. Hinter den USA liegt denn auch der europäische Nachbar Frankreich auf Rang zwei der wichtigsten Abnehmerländer für deutsche Waren (105,7 Milliarden Euro). Großbritannien lag 2017 mit 85 Milliarden Euro auf Rang vier.

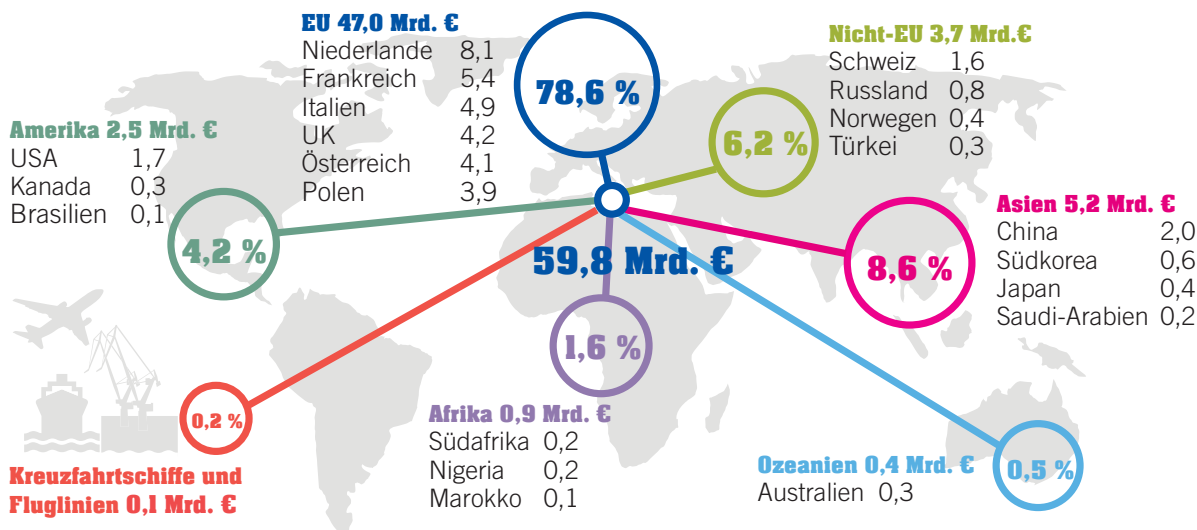
Deutsche Autos, Maschinen, Medikamente oder Elektronik sind gefragt. Aber auch für die heimischen Lebensmittelhersteller macht der Export ein Drittel des Branchenumsatzes aus. Die exportstärksten Branchen sind die Fleisch- und die Fleisch verarbeitende Industrie sowie die Milch- und die Süßwarenindustrie – hier geht durchschnittlich jede zweite produzierte Tonne in den europäischen Export.

Süßes made in Germany

2017 wurden Lebensmittel im Wert von 59,8 Milliarden Euro exportiert – und das zu fast 80 Prozent in den

Internationale Exportmärkte der deutschen Ernährungsindustrie

Die Zahlen in den Kreisen zeigen den Anteil der jeweiligen Region an der Gesamtausfuhr im Jahr 2017: Europa ist der wichtigste Abnehmer für deutsche Nahrungsmittel.



Quelle: Statistisches Bundesamt, BVE

EU-Binnenmarkt. Das heißt, Deutschland ohne den Binnenmarkt wäre um einiges ärmer, viele Arbeitsplätze würde es gar nicht geben. Dabei profitieren nicht allein die großen, international aufgestellten Konzerne, sondern auch Mittelständler und Familienbetriebe vom zollfreien Handel auf dem Kontinent. Die Freiheit der Märkte hat aber auch Schattenseiten. So kann zwar jeder Europäer in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben, aber die Unternehmen können auch ihre Standorte frei wählen. Unterschiedliche Gesetzgebung, Steuern und Lohnkosten haben zu vielen Standortverlagerungen geführt.

Auch der Hannoveraner Kekshersteller Bahlsen produziert im Ausland: Neben den vier deutschen Standorten Barsinghausen, Berlin, Schneverdingen und Varel gibt es zwei Werke in Polen. Derzeit wächst das Familienunternehmen, das 2018 rund 559 Millionen Euro erlöste und 2800 Beschäftigte hat, überdurchschnittlich. In 55 Ländern ist Bahlsen bereits aktiv. Weiteres Wachstum im In- und Ausland ist geplant. Nach wie vor soll dabei auch der Markt auf der britischen Insel (UK) eine starke Rolle spielen. „Auch Großbritannien ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Fokusmarkt für Bahlsen geworden. Wir haben das Geschäft in UK deutlich ausgebaut und sind voll auf Kurs, um es bis Ende 2020 zu verdoppeln“, berichtet Unternehmenssprecherin Kerstin Deike.

Das Königreich ist ein wichtiger Exportmarkt für Süßes aus Deutschland. Etwa fünf Prozent der deutschen Süßwarenproduktion – Waren im Wert von rund 800 Millionen Euro – werden auf die Insel exportiert.

NO – und nun?

Bei Bahlsen bereitet man sich auf unterschiedliche Brexit-Szenarien vor: „Die derzeitige Unsicherheit macht dies nicht leicht! Die Vorbereitungen umfassen kurzfristige operative Themen – im Wesentlichen, wie man das Geschäft am Laufen hält – genauso wie die Sicherstellung der Lieferfähigkeit, die Gewährleistung der Lagerhaltung, den Aufbau von Bestandspuffern, aber auch mögliche Auswirkungen wie Zollfragen oder Änderungen von Marketinglogos auf Packungen“, so Deike.

Während noch niemand genau zu wissen scheint, wie sich der Ausstieg Großbritanniens auf die einzelnen Geschäftsbilanzen auswirken wird, macht er sich in der Süßwarenbranche bereits bemerkbar: Mit dem ersten NO zu Europa verlor das Pfund an Wert, Importartikel wurden teurer, der UK-Umsatz der gesamten Branche ging 2017 um sieben Prozent zurück. ➤



Foto: Mondelez

Geschmäcker in Europa variieren: Mondelez-Frischkäseproduktion.



Foto: Uwe Völkner/Fotagentur FOX

Der Städtetourismus boomt. Verunsichert sieht die Branche dem Brexit entgegen: Hierzulande könnte die Zahl der britischen Gäste zurückgehen, auf der Insel wird eine neue Einwanderungspolitik den Fachkräftemangel verschärfen.

Warten an den Grenzen

Es geht dabei nicht ausschließlich um den Export. Auch die Zulieferung von Waren und Rohstoffen aus den EU-Ländern wäre betroffen. Und letztlich vielleicht auch die Arbeitsplätze in Deutschland. In der Lebensmittelbranche herrscht Unsicherheit – und Schweigen.

So auch bei Mondelez International. Der Lebensmittelriese setzte 2018 knapp 23 Milliarden Euro um und ist damit der sechstgrößte Lieferant des Lebensmittelhandels weltweit. Zu den wichtigsten Marken des Konzerns gehören unter anderem Milka, Oreo, Cadbury Schokolade, Philadelphia und Miracel Whip. In Deutschland hat Mondelez rund 1800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an fünf Standorten. „Europa steht für 38 Prozent unseres weltweiten Umsatzes“, so Unternehmenssprecherin Heike Hauerken. Mondelez beschäftigt europaweit etwa 28.000 Menschen an unterschiedlichsten Standorten. Im britischen Bournville wird Cadbury Schokolade produziert. Zum Thema Brexit äußert sich der Konzern nicht.

„Bei uns gibt es Worst-Case-Szenarien für einen ungeordneten Brexit“, berichtet Udo Eckhoff. Wie diese aussehen, sagt der Gesamtbetriebsratsvorsitzende beim



Foto: DMK

Von 32,7 Millionen Tonnen Milch, die von deutschen Molkereien verarbeitet werden, geht jede zweite Tonne in den Export, vor allem nach Europa. Auch bei DMK laufen die Brexit-Vorbereitungen auf Hochtouren.

Deutschen Milchkontor DMK nicht. Auch der norddeutsche Marktführer exportiert auf die Insel: „Die Produkte unterscheiden sich zum Teil im Geschmack und auch in der Verpackung. Zum Beispiel ist der für UK produzierte Pudding viel süßer“, so Eckhoff. Die deutsche Milchwirtschaft sieht einem „harten Brexit“ mit großer Sorge entgegen: Drittlandzölle für EU-Milcherzeugnisse und zeitaufwändige Veterinärkontrollen an den Grenzen könnten die Folgen sein. „Bei einem ungeordneten Brexit werden Arbeitsplätze betroffen sein. Dies ist aber abhängig vom Standort und den dort produzierten Waren“, ist man sich bei der DMK Group sicher. Der Konzern hat in Deutschland 20 produzierende Standorte sowie acht weitere im europäischen Ausland.

Weniger Übernachtungen

Auch in Hotellerie und Gastgewerbe sieht man dem Brexit – und damit sinkenden Übernachtungszahlen in deutschen Metropolen – mit Sorge entgegen. Thomas Klein arbeitet im Maritim Hotel in Köln. Er ist Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats in dem familiengeführten Unternehmen. „Bei uns arbeiten Menschen aus 36 Nationen“, erzählt er. Gefragt danach, was ihm als Erstes zu Europa einfällt, nennt er den Brexit. „Natürlich hat das Auswir-

kungen auf uns. Von insgesamt rund 2,2 Millionen Gästen kamen 2018 rund 104.000 aus Großbritannien.“ Wenn diese Gäste wegbleiben, wird sich das auf die Beschäftigten auswirken, ist sich der Gewerkschafter sicher. „Der Ausstieg Großbritanniens ist eine Katastrophe und gefährdet die gesamte Konstruktion EU.“ Das Maritim sei verglichen mit anderen Ketten in Europa noch nicht so groß vertreten, aber das ändert sich schrittweise. Derzeit gibt es Häuser auf Teneriffa und Malta. In diesem Jahr kommen Hotels in Polen und Bulgarien dazu, im Jahr 2021 soll eines in Amsterdam folgen. „Aber einen Europäischen Betriebsrat haben wir noch nicht“, erzählt Klein, „das finde ich schade.“

Vernetzung in Europa

Während die Unternehmen grenzüberschreitend agieren, Standorte verlegen und Arbeitsplätze verlagern, steckt die Mitbestimmung auf europäischer Ebene noch in den Kinderschuhen. Dabei spielen Europäische Betriebsräte (EBR) eine wichtige Rolle. Sie sorgen für europaweite grenzüberschreitende Arbeitnehmervertretung. Rechtliche Grundlage hierfür ist die EBR-Richtlinie der EU. Sie wurde mittlerweile in 30 Ländern Europas in nationales Recht umgesetzt.

Aus Sicht von Peter Schmidt, bei der NGG zuständig für Europa, ist sie eine große Errungenschaft: „Die EBR-Richtlinie gibt uns Gewerkschaften und Arbeitnehmern die Möglichkeit, und das ist einzigartig in der Welt, länderübergreifend Solidarität zu organisieren, weil wir eben nicht nur auf lokaler und nationaler Ebene, sondern auch auf europäischer Ebene Betriebsräte haben. Die Unternehmen stellen sich immer mehr international auf. Mit dem EBR haben wir die Möglichkeit, hierauf adäquat zu reagieren und uns europaweit zu vernetzen. Das macht



Foto: Frank Pusch

„Keiner weiß, was kommen wird!“ Klaus Schmidt, stellvertretender Gesamtbetriebsratsvorsitzender bei Mondelez International, sieht einem harten Brexit mit Sorge entgegen.

„Mit Europäischen Betriebsräten können wir länderübergreifend Solidarität organisieren.“

Peter Schmidt

uns stärker, auch wenn wir es noch intensiver nutzen müssen. Ohne die EU gäbe es das nicht.“

Das Thema ist auch bei Bahlsen auf dem Tisch, wie die Gesamtbetriebsratsvorsitzende Manuela Haase berichtet. „Unsere Standorte in Deutschland sind sehr gut vernetzt. Hier wird niemand gegeneinander ausgespielt, das ist nicht die Kultur von Bahlsen. Aber auf europäischer Ebene ist der Austausch schleppend. Es gab schon einmal einen Europäischen Betriebsrat, heute sind wir gemeinsam mit dem Arbeitgeber wieder an dem Thema dran“, so Haase. Bei DMK fehlt ebenfalls ein europäisches Gremium. Die Kolleginnen und Kollegen aus den Niederlanden nehmen aber regelmäßig an den Sitzungen des Gesamtbetriebsrates teil.

Beim Milka-Produzenten Mondelez hingegen tagt der EBR einmal im Jahr. „Das hat mehr den Charakter eines Informations- und Erfahrungsaustausches“, sagt EBR-Mitglied Klaus Schmidt. „Von echter Mitbestimmung kann da nicht die Rede sein. Da müssen Lösungen her, auf europäischer Ebene.“ Auf die Frage, welche Konsequenzen der Brexit für die Kolleginnen und Kollegen habe, hebt Schmidt die Achseln: „Keiner weiß, was kommen wird!“

EFFAT – Sprachrohr für Millionen

Die Gewerkschaft NGG ist Mitglied der europäischen Gewerkschaftsföderation EFFAT (European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions). Als europäische Dachorganisation der Lebensmittel-, Landwirtschafts- und Tourismusgewerkschaften ist EFFAT gegenüber europäischen Institutionen, Verbänden und Unternehmensleitungen das Sprachrohr von 22 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus 120 Gewerkschaften in 35 Ländern.

EFFAT ist eine „Regionalorganisation“ der IUL (www.iuf.org) und hat ihren Sitz in Brüssel. Präsidentin der EFFAT ist Malin Ackholt aus Schweden, Generalsekretär Harald Wiedenhofer aus Deutschland.

Mehr Infos unter:
www.effat.org

Herzlichen Dank für Eure Treue!

► In dieser Ausgabe gratulieren wir Mitgliedern, die im ersten Quartal der Jahre 1949 (vor 70 Jahren) und 1969 (vor 50 Jahren) in die Gewerkschaft NGG eingetreten sind. Seit mehr als 150 Jahren sind es die Mitglieder, die unsere Organisation zu dem machen, was sie ist und bleibt: eine starke und lebendige Gewerkschaft, die ihren Mitgliedern zur Seite steht. Wir sind dankbar und sehr stolz, dass uns so viele von Euch über Jahrzehnte ihr Vertrauen schenken.

Seit 70 Jahren Mitglied

Allgäu: Rolf Huettenrauch

Berlin-Brandenburg: Joachim Fleischer

Darmstadt und Mainz: Hans Marquard

Detmold-Paderborn: Konrad Sarrazin

Hannover: Wilhelm Behling

Hamburg-Elmshorn: Bernhard Umland

Leipzig-Halle-Dessau: Hedwig Völkel,
Hans-Juergen Andert

Lüneburg: Dietrich Karohl

Mannheim-Heidelberg: Helmut Berwanger

Mecklenburg-Vorpommern: Erwin Dietze

Niederbayern: Josef Frisch

Nord-Mittelhessen: Hans Becker

Nordrhein: Heinz Jr Angenend

Oberfranken: Alfred Raps, Hans Fröba

Saar: Horst Dillschneider

Schwaben: Karl Weissenböck

Schwarzwald-Hochrhein: Heinz Schlempp

Stuttgart: Horst Bühler

Südwestfalen: Wolfgang Ostholt

Seit 50 Jahren Mitglied

Aachen: Marija Cacic, Rosemarie Colling,
Gertrud Vergöls

Allgäu: Bonifaz Mohr, Karl Kornes

Baden-Württemberg-Süd: Eleonore Binder,
Gerhard Honegger, Hedwig Klopfer, Oskar Rohr,
Erich Schoch, Luzinda Knorr, Klaus Grimmel

Berlin-Brandenburg: Gerd Brandt, Peter Fiedel,
Edda Goß, Gerhard Huschke, Rosemarie Jacob,
Dieter Jauch, Elken Weber, Marianne Grude,
Bernd Köding, Monika Wahl, Martin Wappler

Bielefeld-Herford: Reinhold Reinhard Gottschewski,
Horst Mazurkiewicz

Bremen-Weser-Elbe: Hans Knuth, Alfred Gerken

Bünde-Lübbecke-Minden: Horst-H. Hundertmark

Darmstadt und Mainz: Andreas Wolf, Erich Boneberg

Detmold-Paderborn: Hans Greiff

Dortmund: Heinrich Gaertner, Manfred Ulber,
Günter Szkudlarek

Dresden-Chemnitz: Ingrid Schlegel, Gerlinde Döring,
Marita Herrmann

Düsseldorf-Wuppertal: Anton Deibler, Gerhard Meyer,
Johann Dölle

Hannover: Klaus Alten, Wilfried Schröder,
Bernd Bettermann, Kurt-Rainer Wengerek

Heilbronn: Kurt Walter, Barbara Ebner-Müller

Hamburg-Elmshorn: Paul Schmelz, Alois Fehrholz,
Inge Krafft, Edith Wischnowski, Jürgen Zinger,
Günter Fieken, Werner Henne, Dieter Witt

Köln: Heinz Klenner, Heinz Schmitz, Cilli Beckers

Krefeld-Neuss: Angelika Schonz, Robert Schröder,
Helmut Verhagen, Gerhard Wondrak

Leipzig-Halle-Dessau: Ilona Gay, Kurt Pachulski

Lübeck: Uwe Guetschow, Heinz Wendt, Othmar Hart,
Roland Heidrich

Lüneburg: Christel Dietrich, Frido Ehbrecht,
Reinhold Duetsch

Mannheim-Heidelberg: Rudolf Maier, Karl Becher,
Vladislav Drechsler

Mecklenburg-Vorpommern: Michael Eschert,
Jutta Wolfgramm, Renate Jantzen

Mittelbaden-Nordschwarzwald: Hans Großmann,
Rudolf Huber

1949



Foto: Ullstein

1949 war für die NGG ein wichtiges Jahr. Während in der sowjetisch besetzten Zone neben Industriegewerkschaften (IG) gleich der Dachverband FDGB entstand, gründeten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den drei Westzonen zunächst Branchenverbände. In der britischen Zone konstituierte sich 1947 in Hamburg die IG Nahrung Genuß Gaststätten mit Gustav Pufal als erstem Vorsitzenden. Damit schlossen sich drei Vorläuferverbände aus Lebensmittel- und Cigarettenindustrie sowie Hotel- und Gaststättengewerbe zusammen. Einen Tag nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland vereinigte sich die IG NGG mit den Gewerkschaften der Nahrungsmittelindustrie und des Gastgewerbes in der französischen Zone und West-Berlin auf dem Verschmelzungsverbandstag vom 24. bis 26. Mai 1949 in München. Die IG Nahrung Genuß Gaststätten, ab 1953 Gewerkschaft NGG, besteht also seit 70 Jahren. Ihr Vorsitzender: Gustav Pufal (2. Reihe, 6. von links), hier auf der Gründungsversammlung des DGB am 13. Oktober 1949 in München.

Mittelrhein: Hermann Josef Stein

München: Josef Harrer, Cornelia Hermann, Dimitrios Tekos

Niederbayern: Herbert Fischbacher, Johann Jahrstorfer, Georg Wolf

Nord-Mittelhessen: Konrad Herbst

Nordrhein: Dietmar Baum, Manfred Hartl, Klaus Nitsch, Dieter Laniewski

Nürnberg-Fürth: Heinz Wintergerst

Oberfranken: Hans Rieß, Ludwig Schwitters, Heinz Herrmannsdörfer, Christian Knörrer, Max Dörnhöfer

Oberpfalz: Walter Erhard, Herbert Stieber

Osnabrück: Karl-Heinz Hengelbrock, Hermann Peters, Erika Zeißler

Pfalz: Heinz Fink

Rhein-Main: Helene Birkenfeld, Gustav Adolf Burg, Jürgen Dorka

Ruhrgebiet: Knut Hiltmann, Dieter Pascheke, Fritz Schulze, Harald Czok, Monika Schulz

Saar: Bernd Geber, Grazia Zimbardo, Werner Engel

Schwaben: Peter Ernst, Norbert Jakesch, Martin Kugler, Helmut Leibhammer, Anton Mueller, Josef Hess

Schwarzwald-Hochrhein: Yusuf Ates, Rolf Schilling

Schleswig-Holstein Nord: Walter Bastian, Erich Muhl

Stuttgart: Karl Heinz Guba

Süd-Ost-Niedersachsen-Harz: Ursula Dankhoff, Manfred Fischer, Jürgen Laas, Rudi Lutze, Gerhard Schmieding, Günther Witthuhn

Südwestfalen: Günther Gosch, Elisabeth Pardola, Gert Schröder, Monika Vukovic

Thüringen: Wilfried Blietsch, Ankelita Waletzko

Trier: Leonhard Hammes, Peter Epper, Werner Hoffmann

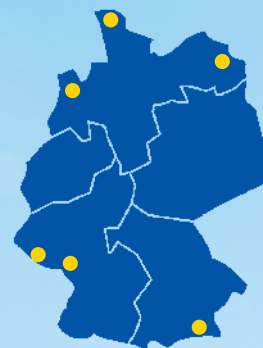
Ulm-Aalen-Göppingen: Reinhold Meyer, Hansjoerg Faulhaber, Georg Weber

Unterfranken: Gerd Hamm, Berthold Nelius, Kurt Schmitt, Wolfgang Siemoneit



Die Karte zeigt die Wege der Grenzgänger aus ihrem Heimatland nach Deutschland oder umgekehrt und die dazugehörigen Branchen, beispielsweise das Hotel- und Gaststättengewerbe.

Graphik: gagarych



Grenzgänger

Das Beste aus zwei Welten

► In Deutschland arbeiten und den Wohnsitz in einem Nachbarland haben: Europa macht es möglich. Grenzgänger nennt man Beschäftigte, deren täglicher Weg zur Arbeit über eine EU-Binnengrenze führt. Mehr als 1,2 Millionen von ihnen gibt es nach Schätzungen der EU-Kommission in den Mitgliedstaaten und der Schweiz. 286.000 pendeln in die Bundesrepublik.

Nadine Lamboley ist Französin. Seit 28 Jahren schon arbeitet sie im badischen Muggensturm bei Raststatt. Ihr Arbeitgeber, die zur Südzucker AG gehörende Freiburger GmbH, ist einer der größten Hersteller von Tiefkühl- und Kühlpizza in Europa. Auch Nadines Mann pendelt täglich die 27 Kilometer vom heimischen Auenheim im Elsass nach Deutschland zur Arbeit. „Alle, die ich kenne, arbeiten in Deutschland“, erzählt die Französin praktisch akzentfrei. „Hier sind die Stundenlöhne für Frauen in der Produktion auf jeden Fall höher und es ist einfacher, einen Job zu finden.“ Obwohl die Kinderbetreuung für arbeitende Frauen in Frankreich besser sei, könne dort von Lohngerechtigkeit bislang keine Rede sein, berichtet die Französin. Nadine Lamboley ist Mitglied der **NGG-Region Mittelbaden-Nordschwarzwald**, die ihren Sitz in Karlsruhe hat.

Geschäftsführer Elwis Capece, Gewerkschaftssekretär Christian Schick und Brigitte Bogesch als Verwaltungsangestellte sind darauf eingestellt: Allein unter den etwa 400 Be-

schäftigten bei Freiburger sind 25 Prozent Grenzgänger. Der Pizzaproduzent gehört ebenso wie Coca-Cola und der Babynahrungsproduzent Sunval (DMK) zu den großen Unternehmen der Region.

„Wir gehen unsere Arbeit hier souverän gemeinsam an. Unsere Stärke ist die gute Vor-Ort-Betreuung“, sagt Elwis Capece, der für die Industrieunternehmen zuständig ist. Für jedes Mitglied, für jede kleine Firma lohne sich ein Besuch. Oft könnten Dinge unterwegs bei einem Kaffee geregelt werden. Geschäftsführer Capece pendelt mehrmals in der Woche mit dem Zug nach Mannheim, wo er ebenfalls für die NGG-Region verantwortlich ist. Christian Schick betreut das Gastgewerbe, in dem etwa 40 Prozent der Mitglieder dieser Region beschäftigt sind. „Hier haben wir auch die meisten Rechtsfälle, etwa einhundert im Jahr.“

Der Sekretär Christian Schick war lange Zeit selbst Grenzgängerberater in Karlsruhe. „Ich habe regelmäßig Sprechstunden im Elsass

angeboten – für Franzosen, die in Deutschland arbeiten. Umgekehrte Fälle sind hier selten. Die Themen waren häufig gleich: So muss in Kündigungen der Zusatz ‚betriebsbedingt‘ stehen, sonst hat man in Frankreich lange Sperrfristen beim Arbeitslosengeld. Oder es ging um die Besteuerung von Zusatzrenten.“ Schick selbst lebt in Kehl und genießt wie seine Kollegen die Nähe zu Frankreich. „Für mich bedeutet Europa Wein, Käse und Kultur“, lacht der, dessen Herz in Sachen Fußball allerdings für Werder Bremen schlägt.

„Ohne Europa wäre das Saarland tot!“

Wie in Karlsruhe will man sich auch im **NGG-Regionsbüro in Saarbrücken** künftig noch mehr auf die französischen Grenzgänger einstellen. 15.000 Franzosen arbeiten im Saarland in unterschiedlichsten Branchen, 139 davon werden vom Team um Geschäftsführer Mark Baumeister betreut. „Da ist Potenzial für uns“, sagt Gewerkschaftssekretär Tim Lünemann. ►

➤ Er spricht fließend Französisch und will den Grenzgängern in Saarbrücken eine Plattform bieten – möglichst zweisprachig. „So füllen wir doch die Internationale mit Leben. Die Arbeitgeber sind international bestens vernetzt. Das sollte für uns als Gewerkschaft auch gelten“, sagt er. Die Themen der Grenzgänger seien Rente beziehungsweise Unterschiede beim Renteneintrittsalter (62 Jahre in Frankreich), Arbeitslosenversicherung und auch die unterschiedlichen Arbeitszeitgesetze.

Kampflustige Grenzgänger

Umgekehrt betreue man etwa 25 Mitglieder aus der Gastronomie, die in Luxemburg arbeiten, berichtet Mark Baumeister. „In Luxemburg haben die Beschäftigten nach zehn Jahren Anspruch auf 1000 Euro Rente. Das ist schon ein gewaltiger Unterschied zu Deutschland. Insgesamt ist Europa für unsere Region existenziell. Ohne die EU wäre das Saarland tot!“, meint Baumeister. Zur Europawahl will er eine Kampagne auf die Beine stellen und zusätzlich seinen regelmäßigen politischen Brief mit einem Wahlauftrag verbinden.

Auf der französischen Seite zeigen sich die Grenzgänger kampflustig: In der Stadt Sarreguemines (Saargemünd) gibt es bereits seit 1977 die Organisation C.D.T.F.M. (Comité de Défense des Travailleurs Frontaliers de la Moselle). In ihr sind etwa 12.000 Grenzgänger organisiert. Einer von ihnen ist Sacha Schmitt. Der 45-Jährige ist freigestellter Betriebsrat bei Ludwig Schokolade. Schmitt pendelt seit 1999 ins Saarland zur Arbeit. Sein Wunsch ist eine stärkere Vernetzung zwischen C.D.T.F.M. und NGG im Saarland. „Die Gesetze in Europa sollten für alle gleich sein. Unterschiede bei der Besteuerung von Renten oder der Arbeit von Schwerbehinderten verkomplizieren nur unser Leben. Da redet die Politik an den Bürgern vorbei. Es wäre gut, wenn komplizierte Regelungen abgeschafft würden. Ich finde, Europa könnte eine Föderation sein.“

So sieht das auch seine Kollegin Valerie Jochem, die ebenfalls Betriebsrätin bei Ludwig Schokolade ist. „Europa ist noch nicht das, was es sein könnte. Es gibt einfach zu viel

Bürokratie. Aber Grenzgängerin zu sein, ist toll! Ich habe Deutsch gelernt, genieße Vorteile bei der Kranken- und Rentenversicherung und naja: Man hat im Grenzgebiet schon viele gute Einkaufsmöglichkeiten.“

Grenzen bewegen

Grundsätzlich sieht das europäische Arbeitsrecht vor, dass EU-Bürger in allen Mitgliedsstaaten arbeiten dürfen. Außer mit Liechtenstein hat Deutschland mit allen angrenzenden Staaten Abkommen zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung. Dadurch ist es möglich, dass Grenzgänger nur in dem Land ihres Wohnsitzes Steuern abführen, wohingegen Sozialbeiträge dort entrichtet werden, wo sie beschäftigt sind. Der Wohnsitz darf allerdings nicht mehr als 30 Kilometer von der Grenze entfernt sein.

Weiter gen Norden entscheiden sich viele Niederländer für ein Leben in Deutschland: Nicht zuletzt der Kosten wegen: Bis auf Käse und Blumen ist im Nachbarland fast alles teurer als in Deutschland. Tanken, Taxifahren, auswärts

„Auch die Kleinen sind wichtig: Für jedes Mitglied, für jede kleine Firma lohnt sich ein Besuch.“

Elwis Capece



„Alle, die ich kenne, arbeiten in Deutschland“: NGG-Mitglied Nadine Lamboley mit dem ehemaligen Grenzgängerberater Christian Schick.



Elwis Capece: „Die Vor-Ort-Betreuung ist unsere Stärke!“



Regionsvorstand in Karlsruhe: Wolfgang Mai von Coca-Cola in Neureut.

Fotos: Daniel Schreiber



Grenzgänger Sacha Schmitt pendelt seit 20 Jahren ins Saarland.



„So füllen wir die Internationale mit Leben!“, Mark Baumeister (links) und Tim Lünemann haben in Saarbrücken die Themen der Grenzgänger im Blick.



Valerie Jochem, Betriebsrätin bei Ludwig Schokolade.

Fotos: Uwe Valkner/Fotoagentur FOX

„Die Gesetze in Europa sollten für alle gleich sein. Unterschiede bei der Besteuerung von Renten verkomplizieren unser Leben.“

Sacha Schmitt

essen, alkoholische Getränke. Entlang der Benelux-Grenze gibt es sogenannte Grenzinfopunkte, eine Initiative der deutsch-niederländischen Euregio. Dieser Zweckverband wurde 1958 als erste Europaregion mit dem Ziel gegründet, die Grenzgebiete wirtschaftlich und sozial zu stärken, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu fördern und das Miteinander durch den Abbau von Barrieren zu erleichtern. Zum Beispiel durch Grenzpendlersprechstunden. Das Projekt „Grenzen bewegen“ soll zudem Arbeitslosen im gesamten Grenzgebiet wieder eine feste Stelle verschaffen – egal, ob auf deutscher oder niederländischer Seite.

In der **NGG-Region Oldenburg-Ostfriesland** betreut das Team um Geschäftsführer Matthias Brümmer vor allem Grenzgänger aus Hotellerie und Gastronomie. Mit der niederländischen Gewerkschaft FNV gebe es zudem natürlich Berührungspunkte in den Bereichen Milch- und Fleischindustrie, so Brümmer.

Dumpinglöhne in Deutschland

Rund 14.500 Menschen pendeln zwischen ihrem Arbeitsplatz in Dänemark und dem Wohnort in Deutschland oder umgekehrt. Vor

allem Richtung Norden sind viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterwegs (14.000). Hier locken vor allem die 37-Stunden-Woche, höhere Löhne und das Arbeitsklima in Dänemark. An der Grenze zu unserem nördlichsten Nachbarland betreut Finn Petersen als Geschäftsführer der **NGG-Region Schleswig-Holstein Nord** zurzeit nur noch wenige Grenzgänger. „Anfang der 2000er-Jahre gab es bei uns viele Bäcker und Fleischer, die nach Dänemark gegangen sind, um dort zu deutlich besseren Konditionen zu arbeiten. Der monatliche Durchschnittsverdienst liegt dort bei 4830 Euro für einen Bäcker (3500 Euro in Deutschland, Anm.d.Red.) Da Steuern in Deutschland gezahlt werden, haben die Beschäftigten dann am Ende mehr in der Tasche“, so Petersen.

Aber Bäcker würden derzeit in der Grenzregion kaum mehr gesucht und die Fleischindustrie (zum Beispiel Danish Crown) hat sich nach Deutschland verlagert. „Für die sind wir hier das Niedriglohnland!“ Der Mindestlohn in Dänemark liege bei 12,50 Euro. Zudem würden die Sozialversicherungsabgaben über die Gewerkschaften entrichtet. Deshalb sei der Organisationsgrad jenseits der Grenze sehr hoch, berichtet Finn Petersen.

Es mangelt an Dolmetschern

„Europa ist eine Errungenschaft“, sagt Jörg Dahms, Geschäftsführer der **NGG-Region Mecklenburg-Vorpommern**. Der Alltag ist vielfältiger geworden im Nordosten Deutschlands. Einkäufe, Ferien, der Austausch funktioniert zwischen Deutschen und Polen.

Arbeitsplätze werden aber hier nur sehr einseitig besetzt: Vorrangig im Hotel- und Gaststättengewerbe suchen Polen nach freien Stellen. „Zum Glück“, sagt Dahms, denn in der Touristenregion werden sie dringend gebraucht. Allerdings gilt auch hier, dass fehlende Sprachkenntnisse auf beiden Seiten den Kontakt erschweren. Zwar seien die Polen durchaus aufgeschlossen, aber für eine enge Zusammenarbeit mangelt es an Dolmetschern. Künftig will Dahms mehr zweisprachige Veranstaltungen und Projekte anbieten, um mit den polnischen Kolleginnen und Kollegen intensiver ins Gespräch zu kommen.

Zudem, so Dahms, gebe es einen weiteren sehr positiven Effekt der nahen Grenze: Vielen Polen ist mittlerweile das reizvolle Stettin zu teuer geworden. ▶



Foto: S. Hoss/Fotolia.com

Zum Teil unzumutbare Arbeitsbedingungen: In Sachsen versucht unter anderem die neue Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte (BABS) zu helfen.



Foto: Uwe Völkner/Fotogener FOX

Das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ betreut Beschäftigte aus EU-Staaten. In Berlin arbeiten viele Ratsuchende als Haushaltshilfe oder in der häuslichen Pflege.

► Sie suchen sich Wohnungen in der deutschen Nachbarschaft. Löcknitz und Umgebung gehören zu den Landstrichen, die von dem Zuzug profitieren. Viele Dörfer schrumpften in den vergangenen Jahren, die Jungen gingen und mit ihnen die Infrastruktur. Heute gibt es in Löcknitz wieder Geschäfte, Ärzte und Lokale, mittlerweile auch eine deutsch-polnische Schule. Die Polen schätzen das deutsche Landleben und der Weg zum Arbeitsplatz in Polen ist kurz.

Nicht mehr als Mindestlohn

Für Sachsen sind Polen und Tschechien Nachbarn: Die Wege sind kurz und für viele lohnt sich der Einkauf im Nachbarland. Arbeitsplätze suchen sich die Sachsen dort allerdings selten. Dafür reisen viele Polen und Tschechen jeden Morgen mit Auto oder Kleinbus an, um in Sachsen zu arbeiten. So kommen beispielsweise 300 der rund 2600 Beschäftigten bei Sachsenmilch in Leppersdorf bei Dresden aus Polen. Für die letzte Betriebsratswahl wurde das komplette Informationsmaterial deshalb auch ins Polnische übersetzt, damit alle gut informiert waren.

Volkmar Heinrich, Geschäftsführer der **NGG-Region Dresden-Chemnitz**, sieht die Vielzahl an polnischen Grenzgängern einerseits positiv, weil sonst viele Stellen in der Region nicht besetzt werden könnten. Aber die

Arbeit der Pendler aus den Nachbarländern ist nicht ohne Schattenseiten.

Denn sowohl in Polen als auch in Tschechien liegt der Mindestlohn unter drei Euro in der Stunde. Der vergleichsweise kurze Arbeitsweg nach Deutschland lohnt sich also. Für die Gewerkschaften ist das problematisch: Fast alle Beschäftigten aus Polen erhalten höchstens den deutschen Mindestlohn. Nicht in allen Unternehmen gibt es Betriebsräte und Tarifverträge, die auch für die Grenzgänger gelten würden, und ihre Arbeitsbedingungen sind teilweise miserabel.

Doch helfen können die Gewerkschaften nur dann, wenn sie von den unzumutbaren Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung erfahren. Die Gewerkschaften würden das gerne ändern. Seit 25 Jahren gibt es den länderübergreifenden interregionalen Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße. Dahinter steht: „Unser Ziel ist die Sicherung von guten Arbeits-, Ausbildungs- und Lebensbedingungen von freiwilliger Mobilität und hoher sozialer Sicherheit in allen Regionen Europas.“

Ausbildungstausch angeschoben

Noch wird in den Beratungsstellen für „Faire Mobilität“ oder in der neu gegründeten Beratungsstelle für ausländische Arbeitnehmer (BABS) vor allem über Einzelberatungen und

Aktionen an der Verbesserung der Situation gearbeitet. Und manchmal gibt es auch neue Ansätze: Gemeinsam mit der Handelskammer und dem Gaststättenverband arbeitet die NGG-Region an einem Ausbildungsaustausch. Vor allem in der Touristenregion Sächsische Schweiz soll das neue Konzept für die Auszubildenden im Hotel- und Gaststättenbereich eingesetzt werden.

Entgrenzte Arbeitszeiten

Österreich liegt nicht nur bei Studenten weit oben auf der Beliebtheitskala. Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finden dort zum Teil bessere Bedingungen vor als hierzulande. Insgesamt leben und arbeiten etwa 213.000 Deutsche in Österreich und stellen damit die größte Ausländergruppe des Landes. Dazu kommen noch rund 82.000 Grenzgänger (Stand 2010), die in Deutschland leben, aber täglich in das Alpenland Österreich zur Arbeit fahren.

„Was die da drüben machen, haben wir doch schon längst! Das Problem ist, dass die Arbeitgeber im Gastgewerbe bei uns noch mehr flexibilisieren wollen“, sagt Georg Schneider. Er ist Geschäftsführer der **NGG-Region Rosenheim-Oberbayern** und berichtet, dass die Jobs in der österreichischen Gastronomie nach wie vor für Deutsche attraktiv sind, trotz der dort eingeführten



Foto: NGG



Foto: Faire Mobilität

Billiglohnland Deutschland: Osteuropäische Wanderarbeitnehmer arbeiten teilweise unter skandalösen Bedingungen in deutschen Schlachtbetrieben.

Die Heimat verlassen: In Thüringen arbeiten Beschäftigte aus Polen, Bulgarien oder Rumänien vor allem in der Transport- und Logistikbranche.

FAIR

Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial, gerecht und aktiv

Arbeitszeit von zwölf Stunden täglich und einer Wochenarbeitszeit von 60 Stunden. In Deutschland beschäftigte Österreicher gebe es in der nicht gerade industriell geprägten Region wenige: Beim Babynahrungshersteller Alete den einen oder anderen, so Schneider, der auf Gewerkschaftsebene seit langem hervorragende Kontakte zur österreichischen Gewerkschaft PRO-GE in Salzburg pflegt. Hier funktioniert die europäische Vernetzung!

Das DGB-Projekt „Faire Mobilität“

Im Unterschied zu den Grenzgängern, die in einem EU-Staat wohnen und in einem anderen ihren Lebensunterhalt verdienen, verlassen Wanderarbeitnehmer ihre Heimat komplett, um in einem fremden Land zu wohnen und zu arbeiten. Um sie kümmert sich in Deutschland das DGB-Projekt „Faire Mobilität“. In den insgesamt acht Beratungsstellen des Projekts werden Beschäftigte aus anderen EU-Mitgliedstaaten betreut. Die meisten stammen aus Polen, Rumänien und Bulgarien. Während in Berlin die Mehrheit der Ratsuchenden als Haushaltshilfe oder in der häuslichen Pflege arbeitet, sind sie in Thüringen in der Transport- und Logistikbranche, in Bayern in der Gebäudereinigung und in Niedersachsen in der Fleischindustrie tätig.

Die Beratungsstelle im niedersächsischen Oldenburg wurde 2016 auf Initiative der NGG

gegründet. Hier helfen Piotr Mazurek und Raluca Gheorghe polnischen und rumänischen Beschäftigten, wenn Arbeitgeber gegen Arbeitsgesetze verstoßen. Sehr viele von den Polen und Rumänen arbeiten für Subunternehmer großer Fleischkonzerne in Deutschland. Das heißt: Tarifverträge und Betriebsräte gibt es für sie meist nicht.

Ohne Mobilität funktioniert die Branche nicht

„Wir leben in einem Europa, in dem es Arbeitskräftemobilität gibt, und das ist auch gut so“, sagt Piotr Mazurek. Er ist in Polen geboren, dort und in Deutschland aufgewachsen. „Am Beispiel der Fleischindustrie können wir sagen, dass die Branche ohne diese freie Mobilität so nicht funktionieren würde. Aber gerade hier sehen wir auch die Schattenseiten.“ Die Kolleginnen und Kollegen wissen sehr oft nicht, wie sie ihre Rechte einklagen sollen. Sie unterstehen hier deutschem Recht und finden oft nicht durch den Paragrafenschwungel. Der größte Teil der Verstöße: nicht gezahlte Löhne, nicht gewährter Urlaub, unrechtmäßige Kündigungen. Dann kommt „Faire Mobilität“ ins Spiel und unterstützt die Ratsuchenden in ihrer Landessprache.

„Vieles davon dürfte es nach deutschem und europäischem Recht gar nicht geben“, sagt Raluca Gheorghe, die Beschäftigten aus Rumänien hilft. „Aber die Verstöße werden nicht

geahndet. Das heißt, dass die Betriebe ihre eigenen Regeln machen.“

Dass die beiden zur Europawahl gehen, ist ganz klar, „schon um die demokratischen und liberalen Parteien zu stärken und populistische Kräfte nicht zu stark werden zu lassen“, sagt Mazurek. Je mehr Leute in Europa das Parlament wählen, desto stärker ist es. „In dem Parlament sitzen auch Abgeordnete aus Rumänien“, ergänzt Gheorghe. Nicht nur die können sich für die Interessen der rumänischen Arbeitnehmer einsetzen. „Wir brauchen auf EU-Ebene schärfere Sanktionen gegen Arbeitgeber, die gegen Arbeitsrechte verstoßen.“

Ein wünschenswertes Ziel europäischer Politik? „Wenn die Arbeitnehmerfreizügigkeit ernst gemeint ist, muss man gleiche Regeln überall schaffen, damit die Menschen sie auch überall verstehen. Das Ziel müssen insgesamt vergleichbare Bedingungen in allen EU-Staaten sein“, sagt Mazurek. Bis es so weit ist, werden sie weiterhin an der europäischen Basis, in den Betrieben, das ausbügeln müssen, was wegen Ausbeutermethoden, mangelnde Regelungen oder fehlende Kontrollen schiefläuft. ◀

Der PLUS-Shop: www.deinplus.de

DEIN PLUS! Exklusive Angebote für NGG-Mitglieder

Kennst Du schon die exklusiven Zusatzvorteile und Rabatte in unserem neuen PLUS-Shop im Internet? Du findest dort tolle Angebote rund um Freizeit, Auto, Urlaub und Kultur. Und das Beste: Als NGG-Mitglied profitierst nicht nur Du davon, sondern Deine ganze Familie.

NGG-Mitglieder haben es einfach besser. Informieren und Vorteile sichern: www.deinplus.de oder mitgliedervorteil@deinplus.de



Anja N., Hotelfachfrau im dritten Lehrjahr:



„Der PLUS-Shop ist wirklich super! Ich schaue immer wieder rein, weil es ständig neue Angebote gibt. Dank der tollen Schnäppchen habe ich schon richtig Geld gespart.“

Kostenlosen digitalen Newsletter „PLUS-Post“ abonnieren und immer auf dem Laufenden sein.
www.deinplus.de



Zu schnell und zu früh

Gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter und ungeachtet heftiger Proteste vor der Südzucker-Zentrale in Mannheim hat der Aufsichtsrat am 25. Februar die Schließung von fünf Werken beschlossen. In Deutschland betrifft dies Brottewitz in Brandenburg und Warburg in Nordrhein-Westfalen. Als „zu schnell und zu früh“ hat der stellvertretende NGG-Vorsitzende Freddy Adjan diese Entscheidung bezeichnet. Der Vorstand habe sich keine Zeit genommen, alternative Konzepte zu entwickeln. Die NGG erwarte, dass sie an der vom Landwirtschaftsministerium angekündigten Zucker-Expertenkommission beteiligt werde. „Die deutsche Zuckerindustrie, Rübenbauern und die Beschäftigten wurden durch eine völlig verkorkste Agrarpolitik der Bundesregierung

und Nichteinhaltung von Absprachen auf EU-Ebene in die aktuelle Schiefelage gebracht. Politik macht Arbeitsplätze kaputt. Wenn die Bundesregierung nicht schnellstens handelt, wird es in absehbarer Zeit keinen Zucker aus deutscher Produktion mehr geben.“ Im Vorfeld der Aufsichtsratssitzung hatten Südzucker-Beschäftigte in Zeitz, Offstein, Plattling, Offenau, Rain, Wabern und Ochsenfurt mit Mahnwachen gegen die Werksschließungen in Brottewitz und Warburg protestiert.

Mehr Informationen online

www.ngg.net/Suedzucker



Foto: NGG

Während drinnen der Aufsichtsrat von Südzucker tagte, demonstrierten draußen die Beschäftigten für den Erhalt ihrer Werke. Von der Bundesregierung forderten sie Sofortmaßnahmen zur Stützung von Rübenanbauern und Zuckerindustrie.

Es geht um die Wurst

Bei Herta geht es um die Wurst. Noch, denn Nestlé hat Mitte Februar verkündet, die Traditionsmarke Herta verkaufen zu wollen. Freddy Adjan, stellvertretender NGG-Vorsitzender, hat dies scharf kritisiert: „Wieder einmal geht es nur um die Marge und Ausschüttungen für die Aktionäre. Die Strategie der Gewinnmaximierung wird konsequent weiterverfolgt – ohne Rücksicht auf die Beschäftigten und ihre Familien. Auf diese pure Profitgier ist Konzernchef Mark Schneider offensichtlich stolz, wenn er

sich zufrieden ‚mit den 2018 erzielten Fortschritten‘ zeigt. In Herten stehen 400 Arbeitsplätze auf dem Spiel. In der Belegschaft gibt es eine große Verunsicherung. Wir werden um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Für uns gilt: Mensch vor Marge!“

Mehr Informationen online

www.ngg.net/Herta



Anzeige



Mit vielfältigen Seminaren und tollen sportlichen Möglichkeiten sorgen wir im BZO für Bewegung – geistig und körperlich.

**Auf geht's!
Fit in den Frühling!**

Alle Seminartermine 2019 sind zu finden unter:

www.bzo.de

Bildungszentrum Oberjosbach
info@bzo.de • www.bzo.de
Telefon 06127 9056-0



**Bildungspartner der Gewerkschaft
Nahrung-Genuss-Gaststätten**



Mehr Geld für Dich!

➤ **Wichtiges Urteil für Teilzeitbeschäftigte in der Systemgastronomie: Auch sie können Anspruch auf Mehrarbeitszuschläge haben.**



Du arbeitest bei NORDSEE, McDonald's, Starbucks oder einem anderen Unternehmen der Systemgastronomie? In Teilzeit? Und Du leistest Mehrarbeit, also mehr Stunden, als in Deinem Arbeitsvertrag vereinbart? Dann steht Dir womöglich mehr Geld zu. Die NGG hat vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) gewonnen und für Mitglieder, die bei der Fischrestaurantkette NORDSEE arbeiten, Mehrarbeitszuschläge von 33 Prozent erfolgreich eingeklagt.

Anspruch hierauf haben nicht nur Beschäftigte bei NORDSEE, sondern alle NGG-Mitglieder, für die der Manteltarifvertrag Systemgastronomie gilt und die in Teilzeit mit Jahresarbeitszeit arbeiten, also zum Beispiel bei Starbucks/AmRest, McDonald's und Schloss Burger.

Auch für EUREST-Beschäftigte

Auch wenn Du beim Kantinenbetreiber EUREST in Teilzeit – auch auf Abruf – länger arbeitest als vereinbart und kein Freizeitausgleich möglich ist, kannst Du Mehrarbeitszuschläge verlangen. Bisher gab es die Zuschläge nur, wenn Du mehr Stunden als ein Vollzeitbeschäftigter gearbeitet hast. Diese Rechtsprechung wurde nun ausdrücklich aufgehoben. Wenn Du NGG-Mitglied bist, kann die NGG für Dich prüfen, ob Dich das BAG-Urteil betrifft und Du einen Anspruch auf Zuschläge hast. ◀

Mehr Informationen online

www.ngg.net/Mehrarbeitszuschlaege



Ausblick

„Mensch vor Marge“ – das ist das Titelthema der nächsten Ausgabe der „einigkeit“. Was sind „anständige“ Gewinne und welche Rolle spielen Finanzinvestoren in Unternehmen der Ernährungsindustrie? Diesen Fragen werden wir nachgehen. In den Branchen-Fokus nehmen wir die Betriebsgastronomie, wollen auf Berufsschultour gehen, einen Betriebsratsvorsitzenden, der im vergangenen Jahr 33 Mitglieder geworben hat, porträtieren sowie unsere mitgliederstärkste NGG-Region – Berlin-Brandenburg – vorstellen.



Foto: Kai-Uwe Knoth

Solidaritätsfonds

Aus dem Solidaritätsfonds für internationale gewerkschaftliche Arbeit unterstützt die NGG verfolgte Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen und deren Familien. Bitte helft mit und überweist eine Geldspende auf unser NGG-Konto:

Landesbank Hessen-Thüringen

IBAN: DE44 5005 0000 0001 0302 20

BIC: HELADEFXXX

Verwendungszweck: Solidaritätsfonds

Impressum

Herausgeber

Hauptvorstand der Gewerkschaft
Nahrung-Genuss-Gaststätten
Haubachstraße 76, 22765 Hamburg
Telefon (040) 380130
redaktion@ngg.net

Redaktion

Dr. Karin Vladimirov (V.i.S.d.P.),
Gabriele Becker, Jonas Bohl,
Birgit Böhret, Jörg Meyer,
Silvia Tewes, Uwe Völkner

Redaktionsschluss

6. März 2019

Gestaltung und Satz

Malena Bartel
Andrea Birr, hofAtelier

Druck

BWH GmbH

Der Verkaufspreis ist im
Mitgliedsbeitrag enthalten.



Ich wähl' die App ★

★Die „einigkeit“ gibt's auch als App: Hilf' mit, die Umwelt zu schonen und Kosten zu senken!
Teil' uns mit, wenn Du künftig auf den Postversand verzichtest: redaktion@ngg.net